

## Landesparteitag in Rostock

**Auf dem Landesparteitag vom 29.4. in der Hansemesse Rostock standen die Vorbereitung der Bundestagswahl sowie die Neuausrichtung des Landesverbandes nach der verlorenen Landtagswahl im Mittelpunkt.**

Den IGA-Park im Rücken arbeiteten sich die Delegierten durch ein anspruchsvolles Programm. Es begann mit einem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung. Der Antragskommission sollte das Recht genommen werden, den Delegierten Empfehlungen über Annahme oder Ablehnung von Anträgen auszusprechen. Unter Rückgriff auf Kant wurde argumentiert, die Delegierten bräuchten keine Bevormundung, sondern sollten sich ihres eigenen Verstandes bedienen. Der Vorsitzende der Antragskommission, Peter Brill, wies die Unterstellung, seine Kommission würde im Sinne einer „Parteitagsregie“ die Delegierten bevormunden, scharf zurück. Antrag abgelehnt.

Dann hielt Uwe Polkaehn, Chef des DGB Nord, ein Grußwort. Polkaehn ist seit

1975 Mitglied der SPD, Willy Brandt war damals sein Vorbild. Brandt wäre allerdings spätestens nach der Agenda 2010 ausgetreten. Polkaehn kündigte an, das Verhältnis zwischen Linkspartei und Gewerkschaften solle wieder enger werden. Mehr Unternehmen in Tarifbindung, das



Simone Oldenburg

wäre ein lohnenswertes gemeinsames Ziel. In nichttarifgebundenen Betrieben verdienen die Menschen in M-V im Durchschnitt 700 Euro weniger. Bekämpft werden muss auch das Lohndumping im

Tourismugewerbe, wo 46 % in Minijobs arbeiten.

Simone Oldenburg, die Vorsitzende unserer Landtagsfraktion, ging in ihrem mitreißenden Redebeitrag hart mit der Landesregierung ins Gericht. Die Große Koalition gibt viel Geld aus, um ihre Leute mit Posten zu versorgen. Für Schulsozialarbeiter, die im Land dringend benötigt werden, ist kein Geld da. Die Landesregierung leistet sich einen Vorpommern-Staatssekretär, für die von uns geforderten Regionalbudgets ist jedoch kein Geld da. Auf den Punkt, witzig, aber mit Substanz – so präsentierte sich unsere Fraktionschefin. Davon hören wir gerne mehr. Simone konnte auch erläutern, was mit den Einnahmen aus einer Vermögenssteuer (200 Mio. jährlich) in M-V konkret verbessert werden könnte. Sie machte zudem klar, dass DIE LINKE im Landtag nicht nur in

Opposition zur GroKo steht, sondern auch zur AfD, die nur jammere, während DIE LINKE Konzepte vorlege: „Die AfD nennt sich Alternative, wir sind die Alternative!“

*Fortsetzung auf S. 3*



In Rostock stellte der Landesparteitag die Weichen für die Zukunft  
Mehr dazu auf den Seiten 3-4



Der Schriftsteller Landolf Scherzer war zu Gast in Bad Doberan  
Mehr dazu auf Seite 5



Barbara Kirchhainer kümmert sich im Landkreis Rostock um Flüchtlinge  
Mehr dazu auf Seite 9

## In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Es grünt, es blüht  
■ Seite 3/4: Landesparteitag  
Seite 5: Kevin Kulke  
Seite 6: Straßenfest  
Seite 7: Landtagsfraktion  
Seite 8: Plattdeutsches  
Seite 9: Erfahrungsbericht

Seite 10: Brief der Vorsitzenden  
Seite 11: Zum 1. Mai  
Seite 12: Die Russen kommen  
Seite 13: Rotfeder  
Seite 14: Ernst Thälmann  
Seite 15: Termine / Landtag  
Seite 16: Rostocker Skizzen

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, Wer von Euch auch der Meinung ist, dass der Entwurf des Bundestagswahlprogramms ganz schön lang geraten ist, hebe bitte jetzt seine Hand. Aha, das sind ja einige. Vielleicht hilft Euch der Brief der Parteivorsitzenden auf Seite 10. Da stehen unsere wesentlichen Forderungen drin. Auch der Landesparteitag verabschiedete am 29.4. Schwerpunkte für den Wahlkampf, auf die sich die Leser der Juniausgabe des KLARTEXT freuen dürfen. Ausführlich widmen wir uns aber schon jetzt der Debatte über die Strukturreformen im Landesverband. Das meiste bleibt so wie es ist, aber gut, dass mal drüber gesprochen wurde.



Niemand wird Mitglied der LINKEN, um solche Debatten zu führen. (Mit einer Ausnahme vielleicht.) Wer zu uns kommt, möchte vielmehr konkret etwas bewegen, so wie die Genossen Christopher Köhn und Thomas Wiencke, die auf Seite 6 über ihr Vorhaben berichten. Wir wünschen ihnen viel Erfolg. Unser Dank geht an die fleißigen und treuen Autoren. Und auf der letzten Seite findet Ihr eine Skizze unseres Redakteurs Wolfgang Bergt, Auftakt zu einer hoffentlich lange währenden Serie in unser Mitgliederzeitung.

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

## Statt blauäugiger Schulz-Euphorie - Druck von links!

- für die Wiederherstellung des Sozialstaates und ein Verbot von Lohndrückerei statt Alibi-Reformchen an der Agenda 2010
- für den Mut, Multimillionäre und Konzerne endlich angemessen zu besteuern
- für die Ablehnung von Krieg statt Aufrüstung, Waffenexporte und Militäreinsätze
- für Taten statt nur schöner Worte



**100 Prozent sozial!**

## KLARTEXT online

### Ausmaß an Kinderarmut in Deutschland ist eine Schande

Zu den jüngst veröffentlichten Zahlen zur Kinderarmut in Deutschland erklärt Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„In Deutschland leben mehr als zwei Millionen Kinder in Armut und sind auf staatliche Grundsicherung angewiesen. Das sind trotz des anhaltenden Aufschwungs 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit von Eltern ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Kinder dauerhaft auf Grundsicherung angewiesen sind. Das Ausmaß an Kinderarmut in

Deutschland ist eine Schande. Seit Jahren fördern alle Bundesregierungen Billigjobs, anstatt die Menschen in dauerhafte und gut bezahlte Arbeit zu bringen. Seit Jahren werden die Erwerbslosenzahlen durch die Bundesagentur für Arbeit Monat für Monat frisiert, anstatt dass man Menschen aus Langzeitarbeitslosigkeit holt. Trotz des obszönen Reichtums einiger weniger und sprudelnder Konzernprofite ist Deutschland nach drei Merkel-Regierungen für einige zu einem Armenhaus und Armut zur Erbkrankheit geworden. Dass die Bundesregierung in ihrem sogenannten Armuts- und Reichtumsbericht das tatsächliche Ausmaß von Armut verschleiern, zeigt, dass CDU, CSU und SPD der gemeinsame politische Wille zur Bekämpfung von Armut fehlt. Auch deshalb muss die Merkel-Koalition im September in die Opposition geschickt werden.“

**Es grünt, es blüht,  
doch rosig ist es nicht**

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche, durch des Frühlings holden, belebenden Blick, im Tale grünet Hoffnungsglück.“, so schrieb es Goethe. Ohne den einen mit dem anderen gleichsetzen zu wollen, scheinen auch bei Oberbürgermeister Roland Methling Frühlingsgefühle ausgebrochen zu sein. Nach der Bürgerschaftssitzung im April teilte er schriftlich mit: „Dass schon Ende März die ersten Hecken grün werden, passiert auch nicht in jedem Frühjahr. Grund genug für unsere Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtner, Farbe in das Straßenbild Rostocks zu bringen. Über 30.000 Blumen werden in diesem Frühjahr wieder auf öffentlichen Grünflächen gepflanzt. Die Frühjahrsbepflanzung mit Vergissmeinnicht, Stiefmütterchen und kultivierten Gänseblümchen startete an der Seepromenade Warnemünde. Aber auch am Alten Strom und in der Langen Straße ist die bunte Pracht zu bewundern. Insgesamt werden rund 10.000 Euro in das bunte Spektakel investiert, das alljährlich Gäste und Einheimische in der Hansestadt erfreut.“

Na, das klingt doch ganz fröhlich! Doch die Wahrheit sieht weniger rosig aus. Erst vor kurzem hat die Bürgerschaft mal wieder eine Kürzung beim städtischen Grünamt beschlossen. Unsere Fraktion in der Bürgerschaft wollte diese Streichung verhindern, jedoch entschied eine Mehrheit anders. Wenigstens konnte die geplante Einsparung noch etwas verringert werden. Trotzdem: Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren beim Grünamt gekürzt, sowohl beim Personal als auch bei den Finanzmitteln. In einer wachsenden Stadt, deren Einwohner\_innen und Besucher\_innen Wert auf gepflegte und stadtwweit vorhandene Grünflächen und Erholungszonen legen, ist diese Sparpolitik fehl am Platz. Unsere Fraktion wird sich auch in Zukunft für eine bessere Ausstattung des Grünamtes einsetzen, denn Grünzonen sind unentbehrlich für eine gesunde Stadtgesellschaft. Wir haben verstanden: „Zufrieden juchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein!“

*Eva-Maria Kröger*





# Bericht vom Landesparteitag

Fortsetzung von S. 1

Unsere Landesvorsitzende Heidi Bluhm brachte die Leitanträge ein. Im ersten geht es um die Schwerpunkte zur Bundestagswahl (ausführlich dazu in der Juniausgabe). Kurz, frech und prägnant will DIE LINKE in Zukunft auf den Punkt kommen, versprach Heidi. Unter dem Titel „Sozial. Gerecht. Für alle.“ fordern wir für M-V gute Arbeit und gute Löhne, eine friedliche Außenpolitik und gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West. Dietmar Bartsch verwies darauf, dass die steigenden Umfrageresultate für unsere Partei im Osten auch auf diese Schwerpunktsetzung zurückzuführen sind. Er habe auch in M-V in letzter Zeit oft gehört, DIE LINKE sei auf gutem Wege. Viel öfter sollten wir auf unsere Erfolge verweisen: In Regierungsverantwortung, als Bürgermeister oder Senator leisten wir eine gute Arbeit. Darauf könne man doch selbstbewusst hinweisen, forderte Dietmar. Dietmar zitierte dann Karl Marx: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Weniger beschließen, stattdessen mehr in die Öffentlichkeit gehen, und nicht über Halbsätze streiten! Das zielte auf die Beschäftigung mit sich selbst, die den Landesparteitag bestimmte. Das war allerdings seine Aufgabe. Der Parteitag sollte die nach der Wahlniederlage 2016 eingeleitete Debatte über Konsequenzen im Landesverband zu einem vorläufigen(!) Abschluss bringen. Darüber hinaus gab es zahlreiche Anträge zur Änderung der Landessatzung, um die Strukturen des Landesverbandes an die sinkenden Mitgliederzahlen anzupassen. Darüber wurde dann sehr lange diskutiert.

Im Leitantrag A2 wurden die Ergebnisse der Strategiedebatte zusammengefasst. Dazu hatte es ja auch in Rostock und im Landkreis Regionalkonferenzen gegeben. Der Dank geht an alle, die sich an dieser Debatte beteiligt hatten. Einige hätten diese Debatte gerne auf den Parteitag im November verschoben. Vor dem Bundestagswahlkampf wollte man die Öffentlichkeit nicht mit Selbstbeschäftigung langweilen. Außerdem erschien vielen der Antrag eher wie eine Zwischenetappe eines längeren Diskussionsprozesses, viele Fragen noch offen. Einer der Hauptautoren, Torsten Koplín, bezeichnete den Antrag als sonderbar unrund, ein Rohling, den es zu veredeln gilt. Man einigte sich schließlich auf eine neue Überschrift: Aus den „Ergebnissen“ der Strategiedebatte

wurden „Erste Ergebnisse und Vorschläge“.

Noch nie ist im Landesverband eine derart tiefgründige Strukturdebatte geführt worden, schätzte Torsten Koplín ein. Das Ergebnis ist ein Katalog, aus dem man sich Punkte herausuchen kann, um sie im eigenen Kreisverband umzusetzen, erklärte der neue Landesgeschäftsführer Kevin Kulke. Der Antrag kann an dieser Stelle nicht zusammengefasst werden. So viel



Heidi Bluhm begrüßt neue Mitglieder in der Partei, unter ihnen Robert Georgi aus dem Landkreis



Der Kreisvorsitzende muss ein Grußwort halten



Heidi Bluhm spricht

sei gesagt: An erster Stelle steht ein Leitbild für unseren Landesverband, das wir im nächsten KLARTEXT abdrucken werden. Die Überwindung des Kapitalismus steht für uns an erster Stelle, auch wenn wir im „Alltagsgeschäft“ natürlich versuchen, im Rahmen des bestehenden Systems Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Im Antrag finden sich viele konkrete Punkte für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei, die nun nach und nach umgesetzt/ausprobiert werden sollen.

Unser Landesverband hat derzeit nur noch 3800 Mitglieder. Zwar stoßen wieder mehr junge Menschen in unsere Partei, aber den Mitgliederschwund wird man nur abmildern, nicht völlig stoppen können. Zahlreiche Änderungen in der Landessatzung der Partei sollen unseren Landesverband arbeitsfähig halten. So war es zumindest geplant.

Durch die Senkung der Hürden für Mitgliederentscheide soll es mehr innerparteiliche Demokratie geben. Landesvorstand und Parteitag einigten sich darauf, dass künftig die Voten zweier Kreisparteitage ausreichen, um einen Mitgliederentscheid auf den Weg zu

bringen. Der Antrag, dass auch ein Votum von mind. 10 % der Mitglieder des Landesverbandes dies ermöglichen könnte, fand knapp keine Mehrheit. Zu groß die Sorge, dass das Instrument Mitgliederentscheid missbraucht werden könnte. Dabei hatte Barbara Borchardt zu Recht darauf hingewiesen, dass DIE LINKE in M-V die Hürden für Volksentscheide senken will, auf 8 % der Bevölkerung! Innerhalb der Partei ist man da weniger konsequent.

Auch der nächste Antrag kam von der LAG Innerparteiliche Kommunikation. Mitarbeiter

der Partei sollten nicht mehr Delegierte auf Parteitagen werden dürfen. Damit wollten die Initiatoren die Kontrollfunktion des Parteitages stärken, hätten aber gleichzeitig die Rechte von Parteimitgliedern beschnitten! Das wollten nur fünf Delegierte hinnehmen. Antrag abgelehnt! Von anderer Seite kam der Vorschlag, dass Mitarbeiter der Partei nicht mehr in Landesvorstand und Landesausschuss Mitglied sein dürfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Landesvorstand wird auch nicht von 18 auf 14 Mitglieder verkleinert, wie das Gremium selber vorgeschlagen hatte.

Fortsetzung auf S. 4

# Bericht vom Landesparteitag in Rostock - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 3

Es gab den Antrag, den Landesgeschäftsführer künftig nicht mehr durch den Landesvorstand, sondern durch den Landesparteitag wählen zu lassen, um ihn zu stärken, wie es hieß. Da kam der Einwand, dass der LGF politisch nicht stark sein soll, sondern vor allem dem Landesvorstand zuzuarbeiten habe. So bleibt es auch.

Mit großer Spannung wurde die Diskussion über eine Doppelspitze im Landesverband erwartet – ein Antrag der LAG FORSCH, deren Antragseinbringerin eingestehen musste, dass dieser Antrag wider Erwarten nicht „Eulen nach Athen tragen“ bedeutete, sondern auf viel Skepsis bei Landesvorstand und Basis stieß. Braucht die Partei nicht eine straffe Führung, **einen** Ansprechpartner für die Medien? Bislang gibt es eine Doppelspitze in M-V nur im Kreisverband Rostock: Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin. Beide warben auf dem Parteitag für eine solche Doppelspitze. Vielleicht war dies ausschlaggebend für das knappe Votum des Parteitages für die neue Regelung, die eine Doppelspitze im Landesverband ermöglicht, aber anders als in Rostock nicht zwingend vorschreibt. Desweiteren wurde beschlossen, dass

Änderungsanträge an den Parteitag auch künftig bis zuletzt möglich sind. Vor allem die beim letzten Parteitag arg überlastete Antragskommission hatte auf eine Frist von drei Tagen gedrungen, aber ohne Erfolg. Die Delegierten wollen auch künftig



Mit stehendem Applaus wird der ehemalige Landesgeschäftsführer Kay Kröger verabschiedet. 16 Jahre war er in der Landesgeschäftsstelle tätig.

noch auf dem Parteitag Anträge stellen dürfen, um auf die Debatten reagieren zu können.

Der Leitantrag zum Bundestagswahlkampf wurde einstimmig angenommen. Es gibt also eine gemeinsame inhaltliche Basis für alle Genoss\*innen in unserem Landesverband. Persönliche Feindschaften seien nicht mehr Grundlage politischer Auseinandersetzungen, meinte Heidi Bluhm. Dass es früher anders gewesen sei (und noch gar nicht so lange her), betonte Barbara Borchardt. Sie beklagte den Rückzug mancher Genoss\*innen, es müsse sich wieder lohnen zu einem Parteitag zu fahren, forderte sie.

Die Tagesordnung sah das Ende des Parteitages für 18:00 Uhr vor. Auf die Minute genau war Schluss. Nun geht's in den Wahlkampf. Es wird kein Lager-Wahlkampf für eine rot-rot-grüne Bundesregierung, versprach unser Spitzenkandidat Dietmar Bartsch. DIE LINKE kämpft allein für ihr Programm, um ein möglichst großer Gewicht auf der Waage des Politikwechsels zu bilden.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: DIE LINKE.MV



## Bundeswehr muss endlich konsequent gegen Nazis in den eigenen Reihen vorgehen

„Wenn Bayerns Innenminister Herrmann jetzt eine verschärfte Überprüfung von Asylsuchenden fordert, ist dies schon ausgesprochen perfide“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf das Ermittlungsverfahren gegen einen offenbar rechtsextremen Soldaten, der sich als syrischer Flüchtling ausgab und wegen eines

geplanten Terroranschlags festgenommen worden ist. Jelpke weiter: „Damit schürt Herrmann nur weitere Vorbehalte gegen die Schutzsuchenden – was haargenau der Logik entspricht, die der festgenommene Rechtsextremist offenbar verfolgt hat: Nämlich unter falscher Flagge Straftaten durchzuführen, um Flüchtlinge zu verunglimpfen. Nicht Asylsuchende aus dem Ausland, sondern die Nazis aus dem eigenen Land müssen endlich genauer unter die Lupe genommen werden. Notwendig ist zudem, zum Beispiel die Rolle der Bundeswehr zu klären. Seit wann

war der rechtsextreme Hintergrund dieses Soldaten schon bekannt? Für gewöhnlich verbergen solche Soldaten ihre Meinung nicht, sondern äußern sie jedenfalls im Kameradenkreis recht offen. Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen, die ich gestellt habe, enthalten eine ganze Liste von Soldaten, die trotz rechtsextremer Ansichten im Dienst verblieben sind und weiterhin Zugang zu Waffen hatten. Die Bundeswehr muss da endlich massiv einschreiten, wenn ihre Kasernen nicht zu Ausbildungslagern für Naziterroristen werden sollen.“



# Packen wir's an - Der neue Landesgeschäftsführer stellt sich vor

Liebe Genossinnen und Genossen, seit Anfang des Monats bin ich nun im Amt und möchte diese Gelegenheit nutzen, mich bei Euch als neuer Landesgeschäftsführer unserer Partei in Mecklenburg-Vorpommern vorzustellen.

Ich stamme ursprünglich aus Baden-Württemberg und bin seit nunmehr sechs Jahren Mitglied in unserer Partei. Ich kam als unpolitischer Mensch vor bald zehn Jahren an die Uni, wo mir sehr schnell bewusst wurde, dass ich aktiv sein möchte, um die Welt besser zu machen, als sie ist. So fand ich meinen Weg zur Linksjugend und bald darauf auch zur Partei. Viele Jahre habe ich mich hochschulpolitisch engagiert, war Mitglied in mehreren Studierendenvertretungen, habe unter anderem ein Sozialreferat und später ein Referat für Pressearbeit geleitet. Ganz nebenbei habe ich mir so auch das Sitzfleisch antrainiert, dass man - wie Ihr alle wahrscheinlich sehr gut wisst - braucht, wenn man politisch arbeiten möchte.

Das vergangene Jahr habe ich als Wahlkreismitarbeiter für den steuerpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Bundestag gearbeitet, bevor es mich dann schlussendlich zu Euch in den hohen Norden gezogen hat. Ich freue mich auf den ge-

meinsamen Kampf für die gute Sache mit Euch und muss schon einmal sagen, dass ich mich zwischen Greifswald und Wismar sehr wohl fühle.

Natürlich ist hier vieles anders, als es das im Südwesten war. Aber es gibt auch viele Gemeinsamkeiten, die mir helfen, mich in meiner neuen Aufgabe zurecht zu finden. Ich weiß zum Beispiel nur zu gut, wie schwer es ist, im Wahlkampf mit immer weniger Genossinnen und Genossen immer größere Gebiete auf der Landkarte zu bespielen. Ich denke an so manche lange Fahrt durch das Heckengäu mit einem Kofferraum voller Plakate und Kabelbinder ... Vor uns liegt in M-V keine leichte Aufgabe. Unsere Genossinnen und Genossen im Landesverband werden immer älter. Damit schwinden uns Kraft, Wissen und Erfahrung, die wir dringend brauchen. Und wir müssen immer noch die bittere Niederlage bei der Landtagswahl 2016 verdauen. Aus diesen Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen und umzusetzen, wird ein Kraftakt, den wir nur gemeinsam im solidarischen Miteinander bestreiten können. Wir werden eine Menge Dinge neu aufstellen müssen, neue Perspektiven einnehmen und Ideen entwickeln müssen. Allein deshalb schon freue ich mich auf die Diskus-

sionen in den Kreisverbänden und auf unserem Parteitag in Rostock.

In Mecklenburg-Vorpommern sind wir immer schon mutig vorangegangen. Hier haben wir als PDS die erste Regierungsbeteiligung organisiert. Hier haben wir uns stets der Verantwortung und den Widersprüchen, die Politik nun mal so mit sich bringt, gestellt und trotzdem immer Haltung bewiesen, wenn es drauf ankam.

Mein Herz und meine ganze Leidenschaft hängen am Erfolg unserer Partei. Die tiefe Überzeugung, dass nur die DIE LINKE die einzig echte Kraft für sozialen Fortschritt und eine gerechte Gesellschaft der Zukunft ist, eint uns alle. Besonders in einem Jahr wie diesem, wenn in drei Bundesländern und im Herbst noch eine neue Bundesregierung gewählt wird. Es muss sich nach fast 15 Jahren sozialer Kälte endlich etwas ändern. Dafür braucht es eine starke LINKE. Dafür braucht es uns alle. Pakken wir's an.

Mit solidarischen Grüßen  
Kevin Kulke

Quelle: Newsletter DIE LINKE.M-V

## Lesung und Talk mit Landolf Scherzer: Reportagen

Unter dieser Überschrift warb die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ gemeinsam mit dem „Freundeskreis Ehm Welk e.V.“ um die Gunst der Zuhörerinnen und Zuhörer. Und diese kamen in wahren Scharen, so viele Menschen, dass der Platz nicht ausreichte und leider einige Interessierte abgewiesen werden mussten.

Unter den Zuhörern waren auch einige, denen Landolf Scherzer bei seinen Recherchen zum Buch „Fänger und Gefangene“, über die schwere Arbeit der Hochseefischerinnen und -fischer der DDR, begegnet war.

Der Autor, 1941 in Dresden geboren, wurde bekannt mit seinen literarischen Reportagen. Im Buch „Der Erste“ von 1988 begleitet er den 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Bad Salzungen. In „Der Zweite“ berichtet Landolf Scherzer 1997 über den ersten Landrat von Bad Sal-

zungen nach der Wende. 2000 erscheint „Der Letzte“ über den Thüringer Landtag. „Der Rote“, ein weiteres Buch dieser Rei-

„Von Dietzhausen nach Taschkent, Warnemünde, St. John`s, Berlin-Marzahn, Tschernobyl, Maputo, Bad Salzungen, Timisoara, Peking, Lübbenau, Thessaloniki, Erfurt, Havanna ... und immer wieder nach Rostock. Landolf Scherzer unternimmt einen Streifzug durch seine Reportagen und veranschaulicht seine Erzählungen mit Anekdoten und erlebten Highlights.“ Diese Ankündigung versprach nicht zu viel! Im Stehen, mitten unter den Zuhörern, nahm Landolf Scherzer sein Publikum mit auf eine Reise durch sein Leben, ließ sie Anteil nehmen, an seinen Erlebnissen und Erfahrungen. Zwei kurzweilige, interessante Stunden im Bad Doberaner „Ehm Welk

Haus“, die unbedingt einer Fortsetzung bedürfen.

Peter Hörnig



he, beschreibt die Regierungsübernahme durch Rot/Rot/Grün, mit Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von der Partei DIE LINKE.

# Straßenfest zu Gunsten der Rostocker Tafel

Auf Initiative der Rostocker Linksparteimitglieder Christopher Köhn und Thomas Wiencke (siehe Foto rechts) findet am Sonnabend, den 10. Juni 2017, in der Zeit von 11:00 bis 17:00 Uhr ein Straßenfest im Stadtteil Reutershagen statt. Sämtliche Einnahmen der Veranstaltung werden der Rostocker Tafel gGmbH zugeführt. Der Veranstaltungsort ist der Außenbereich des Rostocker Freizeitzentrum e.V., Kuphalstraße 77 in 18069 Rostock.

Hintergrund der Spendenveranstaltung ist die notwendige Anschaffung eines neuen Kühlwagens durch die Rostocker Tafel, welche mit erheblichen Kosten verbunden ist. An dieser Stelle möchten die Veranstalter Thomas und Christopher gerne unterstützen. Sie konnten in diesem Zusammenhang bereits erste namhafte Unterstützer für die Veranstaltung gewinnen. Beispielhaft hierfür ist die Bereitstellung einer XXL-Hüpfburg durch die Wohnungsgenossenschaft Schifffahrt-Hafen Rostock e.G. Nicht weniger wichtig für die Ausrichter ist die umfangreiche Unterstützung im gastronomischen Bereich durch die Strom 60 Gastronomie (Restaurant Am Strom, Steakhouse Garpunkt, Mahlwerk Coffee) aus Warnemünde. Als besonderes Highlight freuen sich die Veranstalter, Tom Schmarbeck und Robert Kirk präsentieren zu dürfen. Beide sind seit über zehn Jahren sehr erfolgreich im Biketrial unterwegs. Beim Biketrial besteht die Aufgabe darin, Hindernisse auf dem Fahrrad mit unterschiedlichsten Techniken zu überwin-



den. Beide werden uns live diverse Kunststücke präsentieren und Interessierten den einen oder anderen Tipp geben.

Erfreulicherweise beteiligt sich auch DIE LINKE. Kreisverband Rostock durch die Überlassung einer Zuckerwatte-Maschine und die Unterstützung bei der Erstellung und dem Druck von benötigten Printmaterialien an der guten Sache. Doch das soll noch nicht alles sein! Weiterhin geplant ist die Durchführung einer Tombola, eines Kuchenbasars, Kindersminken sowie das Anbieten verschiedener Sportspiele (Torwandschiessen, Basketball, Tischtennis, ...), eventuell auch in Form von kleineren Wettkämpfen. Und hier benötigen wir Eure Unterstützung. Für die Durchführung verschiedener Stände respektive den Auf- und Abbau sind wir auf der Suche nach freiwilligen Helfern, die uns am Tag der Veranstaltung tatkräftig unterstützen möchten. Des Weiteren suchen wir Sponsoren für kleinere Sachpreise, die bei der Tombola verlost werden können. Habt Ihr hier eventuell eine Idee für uns? Für den Kuchenbasar freuen wir uns über jede „Kuchenspende“. Oder möchtet Ihr uns auf andere Art und Weise unterstützen? Dann meldet Euch gerne bei Christopher (koehn.christopher@me.com) oder Thomas (rostocker.yeti@gmx.de). Wir freuen uns schon heute auf die Veranstaltung bei hoffentlich tollem Sommerwetter sowie auf viele bekannte Gesichter.

**ROSTOCKER FREIZEITZENTRUM E.V.**   
Stadtteil- & Begegnungszentrum Reutershagen/ Hansaviertel/ Gartenstadt/ Stadtweide



Essen, wo es hingehört.  
Jeder gibt, was er kann!

*Christopher Köhn & Thomas Wiencke*

## Aus der Landtagsfraktion

### Kultur im Land überblicken und gestalten

Wer Erkenntnisse gewinnen will, braucht Einsichten. Wer sich einbringen und gestalten möchte, muss wissen, was los ist und wo man ansetzen kann. Erkennen, gestalten, verändern - gerade im Bereich der Kunst und Kultur muss es möglich sein, diese drei Verben auch mit Leben zu füllen. Doch dafür braucht es eine Grundlage, deshalb beantragte unsere Fraktion im Landtag, auf Vorschlag von Genossin Eva-Maria Kröger, die Erstellung eines Landeskulturberichtes. Die Kreativen selbst, die Kunst- und Kulturgenießenden, unsere Kommunalpolitiker\_innen und auch die Abgeordneten des Landtages brauchen diesen Zugang, diese detaillierte Darstellung der Kulturlandschaft. Längst ist ein solcher Bericht überfällig, schließlich stammt die letzte vergleichbare Bestandsaufnahme

aus dem Jahr 2008 und das ist bald 10 Jahre her. Obwohl die Kulturlandschaft vielfältig, breit gefächert und momentan auch etwas unübersichtlich ist, existiert im Gegensatz zu den anderen norddeutschen Flächenländern keine ganzheitliche Übersicht zur kulturellen Infrastruktur. Was unser Land benötigt, ist eine Inventur seiner Kulturlandschaft! Es muss endlich Klarheit und Transparenz darüber hergestellt werden, welche kulturellen Institutionen und Projekte vorhanden sind, aus welchen Mitteln sie gefördert werden und warum. Und wir wären keine Exoten bei diesem Anliegen. Im Gegenteil! Bayern hat seinen letzten Bericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft 2012 verfasst, momentan läuft ein Antrag auf Fortschreibung. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung 2016 ihren letzten Kulturbericht vorgelegt, genauso war es in Hessen und Schleswig-Holstein. In Niedersachsen stammt der

letzte Bericht aus dem Frühling 2014. Der richtige Weg würde lauten: erst ein Landeskulturbericht, dann ein Kulturfördergesetz und schließlich ein Kulturförderplan. Doch der Landtag erkannte nicht, wie bedeutend Transparenz und Klarheit sind. Der Antrag unserer Fraktion wurde abgelehnt, ein kulturpolitischer Diskurs, der auch gesellschaftliche Spannungs- und Wandlungsprozesse erkennen könnte, ist offenbar nicht gewollt. SPD, CDU und AfD stellten sich gegen das Anliegen, kulturpolitische Meinungs- und Willensbildung zu befördern. Währenddessen läuft SPD-Mann Martin Schulz durch die Welt und fordert einen kulturvollen Umgang miteinander. An ihren Taten sollt ihr sie messen!

*Eva-Maria Kröger*



# Aus der Landtagsfraktion

## Schluss mit Nebelkerzen – Kommunen das Geld geben, das ihnen zusteht

Zum Gutachten des Finanzwissenschaftlers Prof. Thomas Lenk im Auftrag des Innenministeriums zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

Das Gutachten bestätigt, was die kommunale Ebene und meine Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert haben. Der kommunale Anteil an den Gesamteinnahmen des Landes ist zu gering. Die Berechnungen der Landesregierung sind nicht nachvollziehbar und verfolgen offenbar das Ziel, die Öffentlichkeit und die Kommunen hinters Licht zu führen, um zu verhindern, die Mittel für die Kommunen angemessen zu erhöhen.

Die Linksfraktion hatte zuletzt bei den Beratungen zum laufenden Doppelhaushalt die Erhöhung der Beteiligungsquote beantragt, was von SPD und CDU mit einem Federstrich abgelehnt wurde. Die heutige Empörung der CDU ist scheinheilig. Und es ist mehr als skandalös, wenn sie sich nun als Retter und Rächer der Kommunen aufspielt. Unter Vorsitz des Innenministeriums beraten im FAG-Beirat ein Vertreter des Finanzministeriums sowie je ein Vertreter des Landkreistages und des Städte- und Gemeindetages alle Fragen der Ausgestaltung und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleiches (FAG § 30). Hätte es hier ein Einlenken in dem seit Jahren anhaltenden Streit gegeben, gäbe es nicht diese Unterfinanzierung.

Die Landesregierung muss umgehend das den Kommunen aufgrund der Falschberechnungen vorenthaltene Geld rückwirkend auszahlen. Um die Unwucht künftig zu vermeiden, brauchen wir endlich ein transparentes Berechnungsverfahren und Verhandlungen auf Augenhöhe!

Der Finanzminister spielt in diesem ganzen Verfahren eine äußerst unrühmliche Rolle. Anstatt den kommunalen Finanzausgleich so zu ändern, dass endlich angemessen Geld in den Topf kommt, sollten die Kommunen mit Sonderfonds ruhiggestellt werden. Die Kommunen brauchen aber keine Mittel von Gottes Gnaden, sondern das Geld, das ihnen zusteht. Dafür muss der Finanzminister endlich den Weg freimachen. Es muss Schluss sein mit dem Werfen von Nebelkerzen – wie die Diskussionen um die Doppik oder die Gewerbesteuer, die das Dickicht offenbar noch undurchschaubarer machen sollen.

Jeden Tag wird eine neue finanzpolitische

Sau durch die Kommunen getrieben. Dabei eint die große Koalition ganz offensichtlich das Ziel, eindeutige Aussagen zur künftigen Finanzausstattung der Kommunen bis zur Bundestagswahl zu vermeiden. Das ist Parteipolitik zu Lasten der Kommunen. Das

Lohnniveau in M-V eines der niedrigsten in Deutschland. Auch bei der Tarifbindung sieht es im Land düster aus, nicht einmal ein Viertel der Betriebe hat für die Beschäftigten einen Tarifvertrag. Nicht zuletzt diese und andere schlechte Arbeitsbedingungen haben maßgeblich mit dazu beigetragen, dass der Fachkräftemangel in M-V bedrohliche Ausmaße angenommen hat.

Tagtäglich pendeln Zehntausende Männer und Frauen aus dem Land, weil sie woanders bessere Arbeit zu besseren Löhnen finden. Eine weitere Ungerechtigkeit herrscht bei der Bezahlung zwischen Männern und Frauen. Die Landesregierung brüstet sich stets damit, dass die Lohnlücke in M-V unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Sie verschweigt aber, dass dies lediglich dem ohnehin niedrigen Lohnniveau im Land geschuldet ist.

Über diese und andere bestehenden Probleme und Ungerechtigkeiten ist die Fraktion Ende April vor Ort u.a. mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften ins Gespräch gekommen. Unsere Landtagsabgeordneten stellten ihre Konzepte und Forderungen vor und diskutierten mögliche Lösungsansätze.

In den Unternehmen, die sie besuchten, setzten sich Fraktionsmitglieder insbesondere mit der Frage auseinander, wie dem allerorten bestehenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

## Grundausrüstung für SPD-Abgeordnete



## Die Antragsdartscheibe

Stillhalteabkommen, also der Kommunalgipfel von 2014, auf dem die Sonderhilfen gegen Verzicht auf öffentliche Kritik an der Landesregierung ausgehandelt wurden, ist allein von meiner Fraktion scharf kritisiert worden. Heute fällt es den kommunalen Landesverbänden auf die Füße. Von ihnen erwarte ich jetzt öffentliche und deutliche Worte. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Querelen um den kommunalen Finanzausgleich wird meine Fraktion diese Fragen auf der kommenden Landtagsitzung thematisieren.

## Die Fraktion auf Landtour

27 Jahre nach der deutschen Einheit sind wir immer noch weit davon entfernt, tatsächlich ein geeintes Land zu sein. Auch nach Jahrzehnten haben wir keine einheitlichen Renten, keine einheitlichen Löhne und Gehälter und keine einheitlichen Ausbildungsvergütungen. In Deutschland herrscht eine tiefe gesellschaftliche Kluft zwischen Ost und West, deutschlandweit geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Gute Arbeit und gute Löhne sind nach 27 Jahren weder eine Selbstverständlichkeit noch wird dies von den Unternehmensverbänden gefördert. Nach wie vor ist das



# De Mai is kamen, Burrkärer ok

Trotz Frost, Schnei, Sturm un Rügen – April, April, he makte wat he will – de Mai ward kamen un alls werrer gaud maken. Dat hofften wi Troikaner – Charlie, Fiete un ick – as wi an ´n 23. April uns werrer mal dröpen. Wi wull ´n uns nich de Stimmung vergruhlen mit all dat wat hüt in de Welt passiert un mit ´n poor lustige Läschen denn Mai rinlaten, näbenbi oewer ok noch denn Marathon in Hamburg in ´n Fernsehkasten uns ankieken.

Ick gäw tau, dat de Fiersehnh-Idee nich so gaud wier, denn dor würn ok glik werrer de Politik un Sorgen üm uns Sicherheit in ´n Fokus von uns Gedanken geraden. So kehm dat ok, un Fiete murrte: #Ich bün doch hüt herkamen, üm lustige Geschichten tau hüren un mi tau entspann!# Dor vertellte ick mien unvergätliches Beläwnis mit de Burrkärer.

\*

In Mai denk ick ok hüt noch an de Burrkärer, up Hochdütsch: Maikäfer. De gehören tau de Schädlinge, weil se oewer uns Böhm herfallen un se kahlfräten. Vål Chemie up uns Ackerland hett se intwischen tämlich utrott. Sall man sik doroever freuen orer dat beduern? Dat is gor nich so licht tau beantwurten, denn dat Utstarwen von ein Ort hett ok noch Näbenwirkungen för anner Orten in uns Flora un Fauna.

De Kinner mienet Johrgangs hemm de brunen Biester tämlich giern hatt. Dorüm geef dat sogar weck ut Schokolor. Ick mücht nu doroever ein Geschicht vertellen:

In de „Höltenschlarben-Schau“ – as de *Altstädtische Knabenschule* an ´n Ollen Markt von uns beteikend wü, weil dor besonnens väl Kinner von arm Lüd tau Schaul güngen, de barfäut orer barß to Faut wiern – wier Herr Prahl uns Klassenlehrer. Mit em wiern de Stun´ uttauhollen un mankmal sogar spannend. Prahl leiwte Musik un spälte uns af un tau up sien Geig wat för. Wi kreegen Spijök, wenn Prahl sien Geig ruthalte un säd: # Zur Einstimmung un damit die Faulenzer wach werden, singen wir das Lied vom wandernden Schneider! # Un schon fiedelte un süng uns Lihrer, dorbi mit einen Faut den Boden stampend:

Ein Schneider wollte wandern,  
des Montags in der früh,  
begegnet ihm der Teufel,  
hät´ weder Strümpf´ noch Schuh´.  
„He, he, he – du Schneidergesell,  
komm mit mir in die Höll´!  
Dort will ich dich braten,  
es gehe wie es wöll!“

Denn Refräng: #He, he, he – du Sniedergesell, kum mit mi in de Höll, dor will ick di woll braden, dat geit ok ganz schnell!# süngen wi up Platt mit, wat sik gor grusig anhürte. De Vörstellung, sülwst de Schnieder tau sin un von ein Düwel braadt tau warn, löste bi uns de düllsten Vörstellungen ut.

Heinz Winter, de meist ahn Schau un Strümp, barfaut tau Schaul kehm, geföhl dorüm dat Lied gor nich: #Mit einen Düwel, de sik einen Schnieder grillt, dormit will ick nix to dauhn hemm. Dat is woll noch schlimmer as wenn einen oewer de naakte Hut ....?#

Heinz stoppte, denn em fählte dat passende Wurd för siene Vision. Endlich föhlen em de *Burrkärer* in. Nu wier ja grad de schöne Mai-Maand, un dor dacht man all öfter an de Krabbelbiester mit de man schon mal Spijök har.



*Altstädtische Knabenschule am Alten Markt 1934; Kurt Kaiser (8 Jahre, unterste Reihe: 1. von links.)*

*Wohl nur wenig Rostocker Ströper leben noch, viele sind im Krieg gefallen, auf den sie der Nationalsozialismus intensiv auch in der Schule vorbereitete.*

Heinz fragte nu Peti Kasten, de doch ümmer giern in Barndörper Holt rümströperte, un kreech ok de Antwurd de he sik wünschte: #Du kannst mi glöwen, Heinz, in ´n Holt fräten sick nu Milljonen Brurrkärers duhn un dick! Ich heff all einen ganzen Emmer vull in de Bäuken för uns Schwien sammelt.#

#! gitt!# ekelte sik Heinz as he sik vörstellte, dat Karstens Husschwien de schönen brunen Krabber lebendig upfräten wü. Nu wüsst Heinz noch nich, ob he noch einmal von Peti ein Schiew Brot mi Husmaker-Läberwurst annähmen wü. Dat säd he ok. Peti wull nu Heinz beruhigen: # Uns Bruno, wat uns Schwien is, kriggt gauden Biertreiber, denn mien Vadder as Deputat von < Mahn & Olerich > för siene Arbeit kricht! Oewer de Burrkärers kann ick di beruhigen: De heff ´k einmal lebendigen Liefs verfauern wullt, dor is mi de Hälf von wechburt. Dat is vörib! Nu stamp ick de Biester in uns Drangtunn tau Mus, un denn kannst seihn, wie uns Äberschwien de Burrkärer sik rinmanft un dorvon snickenfett ward!#

Dit Argument oewertügte Heinz un he bekehm ok glik ein Erlüchtung: #Weißt wat, Peti, wi gahn tausamen in ´t Holt un sammeln uns weck! #

#O, denn ward sik mien Vadder oewer freuen, wenn du ok för unsen Bruno Fauder

sammelst, # reep Peti.

#Ick?# lachte Heinz: #Wo denkst du henn? Ick sammel doch nich för juch Schwien! För Prahl ward hier sammelt, dormit em, wenn he denn Düwel tanzen löt, poor Biester üm denn Kopp fleigen un wat in siene Dallerurn burnn!#

Peti kehm de Saak so ungeheuerlich vör, dat he dat ierst gor nich begriepen künn. Oewer denn wier he ok Für un Flamm.

\*

Peti har sik nu ein Zigarrenkist besorgt, oewer Heinz wier tau fuhl un nehm sien Brottasch, de sowieso meist leer wier, weil he de Schiew Brot, de em sien Mudder mitgeef, hungrig as he meist wier, all up denn Schaulwech wechputzte.

In ´n Barnsdörper Holt makten de Jungs denn rieke Aust, schüttelten un sammelten de Burrkärer von de Böhmblätter un füllten dormit de Zigarrenkist un Brottasch.

As an ´n nächsten Morgen Herr Prahl sien Geig ruthalte un mit denn Bagen denn iersten Srich prowte, passierte dat Mallör: De iefrige Peti har sien Zigarrenkist niegierig as he wier, vörielig up makt, un de iersten Kärer wiern in denn Ogenblick, as Prahl sien: #Ein Schneider wollte wandern ...# anstimmte, dörch de Klass brummt un up Prahl's Glatzkopp landt.

Dat is schon ein unangenehm Gefüül, wenn de Krallen von sön´n Veih einen oewer de Hut krabbeln. Man denkt doch glieks an Lüs, Flöh, Kakerlacken un anner Biester de Krankheiten öwerdrägen. Prahl har sick nu ok mächtig verfiert un de Geig hart up ´t Lihrepult smäten.

Wild fohrte he sik mit de Händ öwer denn Kopp. #Was ist denn das?# schriehe he. Ok bi de Jungens wiern nu all Kärer landt, ´n poor sogar in ´n Nacken un unner ´t Hemd.

Panikstimmung kehm up! Oewerall brummt un schwirrte dat nu, un Prahl, de sik von sienen Schreck erhalt har, reet de Finster up dormit de Vögel afburren sülln up de nu de Jungens gröhlend Jagd maakten.

Denn brüllte Prahl: #Wer war der Übeltäter?#

As sik keiner melden deed, wü ierst ´mal ein Visitation von de Schultaschen vörnehmen. Dat duerte, oewer kehm as dat kahmen möst: bi Peti wü Prahl fündig! Sien Zigarrenkist wier vullschäten un ok Heinz's Brotdos seech nich grad appetitlich ut. De Täter wiern öwerführt.

De Wirkung wier öwer nich so, as Prahl sik dat woll dacht har: De Schacht mit ´n Ruhrstock steckten de Jungens wech, denn dorför kreegen se bi de Klassenkumpels Respekt un, wat noch wichtiger wier, bi de Dierns, näbenan in de Mätenschaul, harn se Ruhm un Chancen gewonnen.

*Kurt Kaiser*



# Geschichte aus Groß Lüsewitz - Eine andere Art von Parteilarbeit ...

Am 08.01.2014 kamen die ersten Flüchtlinge zu uns. Zuerst 40, nach 6 Monaten 80, zeitweise waren es über 120 Personen aus 8 Ländern mit 3 Religionen in einem Dorf mit 800 Einwohnern. Sofort lief ein Deutschkurs an. Grüßen, Danke, Bitte, sich vorstellen können ... Für den offiziellen Betreuer Termine in Schule und Kita organisiert, damit für die zahlreichen Kinder die Normalität des Alltags beginnt. Mit je 4 Personen die ersten Ausflüge ans Meer. In unserer Garage stapeln sich Bettwäsche, Kochtöpfe, Geschirr, Bücher und Kindersachen. Vorträge auf Rentnerfeiern, Frauenfrühstück in Grimmen, Gespräche in anderen Orten, die Flüchtlinge erwarteten, bei den Senioren von VERDI, in der Kirche u.a.m. quer durch M/V. Am Müllweg-Tag waren unsere Asylbewerber die stärkste Gruppe, wie auch im Herbst bei den Aktionen, das Laub von der Straße zu bekommen. Mit der Tafel gesprochen, dass 20 neue Familien mit versorgt werden. Neben Strand und Deutschkurs Jahreskarten für den Umweltpark in Güstrow gekauft und mit dem Auto, d.h. 9 Fahrten, über 30 Kinder dort „geschult“. Immer wieder Gespräche, Ängste abbauen, Aggressionen verhindern. Arzttermine und Begleitung, wenn keine Sprachverständigung möglich. Immer das Telefon am Körper, denn die Hilferufe kommen in der Nacht oder der Hort fragt nach einem Unfall an, da die Eltern nicht erreichbar und der Betreuer im Feierabend ist. Die Eltern unterschrieben, dass Barbara die Kinder im Notfall aus Hort, Schule oder Kita abholen kann. Freude, wenn bei 6 Nationen 11 kleine Menschenkinder das Licht der Welt

erblicken. Im Herbst 2015 eine neue Herausforderung: zusätzlich zu den Familien ca. 20 allein reisende junge Männer aus Syrien. Im Deutschkurs saßen sie jetzt neben unse-

ligten sich an Arbeitseinsätzen, kleinen Exkursionen, gingen mit einer Laterne beim Lampenumzug, waren hilfsbereit und akzeptierten eine Frau mit Ansagen. Auch ich lernte von ihnen, spürte ihr Heimweh und sah ihre Kraft, den Lerneifer. Sie begleiteten mich in Vorbereitung der Wahlen zu Parteien, Ministern, wir gingen ins Theater, zu Ausstellungen und sie besuchten uns in unserem Garten. Hier feierten wir gemeinsam das Ende des Ramadan, das Opferfest, wir sangen und lernten Deutsch. Mein Mann wurde ihr „Abu“ und es verwundert uns nicht mehr, wenn kurz vor dem Essen jemand ins Wohnzimmer zum Gebet verschwindet. Zum Nikolaus füllte ich für 28 Kinder Stiefelchen und brachten sie in aller Frühe vor die Türen. Wann kommt der Weihnachtsmann? Am 24./31.12. oder doch erst am 06.01.? Wir versammelten uns am Sylvester-Tag, verabschiedeten das alte Jahr. Jeder bekam Geschenke, gepackt von den Frauen der Tafel und Mitarbeitern einer Kita. Kinder wünschten sich Gesundheit und ein Bleiberecht. Abschiebung, d.h. auch Verabschiedung von Kindern, die 3 Jahre unsere Schulen besuchten, in Sport- u.a. Vereinen integriert waren und keine Bindung zu ihrem Geburtsland haben. In 8 Familien mit 20 Kindern wartet man bereits 3 Jahre auf eine positive Asylentscheidung. Die Ungewissheit hinterlässt Spuren. 20 junge Männer gehen jeden Tag in Kurse, Praktika, schreiben Bewerbungen und stellen sich in Firmen vor. Mindestens an 4 Tagen in der Woche bin ich als Ansprechpartnerin im Haus, wir lesen Behördenbriefe, trinken Tee oder fahren zum Sozialgericht. Durch meine Vorträge am Gymnasium mit und ohne Flüchtlinge bekannt geworden, boten mir Schüler ihre Hilfe an. Seit 4 Wochen kommen nun jeden Freitag 9 Schüler und geben Nachhilfe in Mathe und Deutsch. Am Ende, ich bringe mich dann in Sicherheit, ein Fußballgerangel aller Altersgruppen.

Barbara Kirchhainer  
Sanitz, den 07.04.2017



Ende des Ramadan in Barbaras Garten



Überraschungen zum Jahreswechsel



Sanitzer Gymnasiastinnen und Flüchtlinge

ren jungen Müttern und deren Kinderwagen, bis sie den Weg zu den Kursen nach Rostock fanden. Sie lernten schnell, betei-

# Brief unserer Parteivorsitzenden an die Mitglieder der LINKEN

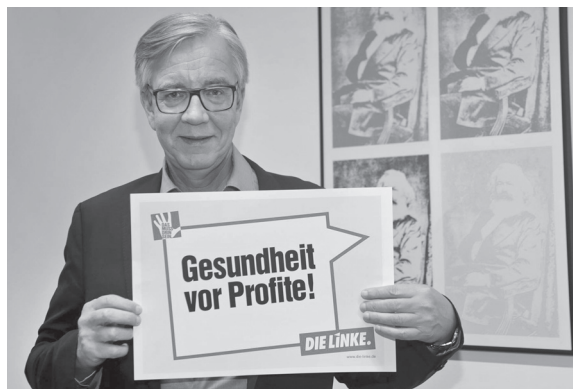
Liebe Genossinnen und Genossen, am ersten Wochenende im April haben wir unseren Entwurf für den Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm im Parteivorstand diskutiert und versabschiedet. Nach einer guten Diskussion, in der wir viele Vorschläge noch einarbeiten konnten, gab es nur eine Gegenstimme und wenige Enthaltungen. In Presse und Medien ist der Entwurf schon gut besprochen worden. Die große Zustimmung hat uns gezeigt: Unser Programmentwurf trifft einen Kern. Wir reden nicht nur von sozialer Gerechtigkeit. Wir zeigen, dass wir konkrete, machbare und bezahlbare Alternativen haben, die Einstiege in eine für alle sozial gerechte Gesellschaft sind. Und das ist dringend nötig: Unser Land ist gespalten wie nie zuvor, Reichtum und Armut nehmen zu. Kinderarmut nimmt weiter zu. Der Mindestlohn reicht nicht, um für eine armutsfeste Rente vorzusorgen. Die Sorgen, ob die Miete noch bezahlbar ist und wie die Zukunft aussieht, nehmen für viele Menschen zu. Statt für gute Krankenhäuser, Schulen und Kitas plant die Regierung Milliardenausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr. Rechte Parteien wollen die Sorgen der Menschen gegen Schwächere wenden, sie schüren Rassismus und Nationalismus. DIE LINKE steht dagegen - mit einem Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sozial gerecht für alle - das ist DIE LINKE!

**Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern:** Wir wollen Vermögen ab der zweiten Million und hohe Erbschaften besteuern. Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten: der Freibetrag wird auf 12600 Euro im Jahr erhöht. Alle, die als Alleinstehende mehr als 7100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet, das ist die große Mehrheit der Beschäftigten. Der Spitzensteuersatz wird wieder auf 53% angehoben - für den Teil des Einkommens, der oberhalb von 70 000 Euro liegt. Und für jeden Euro ab der ersten Million jährliches Einkommen sind 75 Prozent Steuern mehr als gerecht.

**Gute Arbeit und soziale Garantien für alle:** Wir kämpfen für 12 Euro Mindestlohn und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen. Das soll dafür sorgen, dass der wichtigste Artikel des Grundgesetzes mit Leben gefüllt wird:

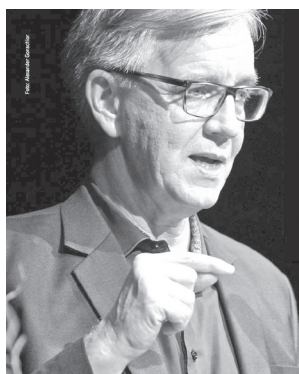
Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die sachgrundlosen Befristungen und die Leiharbeit müssen beendet und dem Missbrauch von Werkverträgen ein Riegel vorgeschoben werden. Wir setzen auf kürzere Arbeitszeiten und eine gerechte Verteilung der Arbeit. Wir wollen soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Land.

**Gute Renten und Gerechtigkeit in Ost und West:** Statt Armutsrenten braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro. Das Rentenniveau wollen wir erhöhen und die Ostrenten sofort an-



gleichem. Zeiten im Niedriglohn wollen wir aufwerten. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

**Mieten senken - Wohnen für alle Menschen bezahlbar machen:** In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen sie auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt und Mieterhöhungen ausge-



»Wenn wir nur in einer Situation sind, dass der Lokführer ausgewechselt werden soll, dann steht DIE LINKE nicht zur Verfügung. Wir brauchen deutliche Korrekturen. Da muss man auch an das Hartz-IV-System ran.« *Dietmar Bartsch*

geschlossen werden. 250 000 neue Wohnungen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau sollen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende und Familien sichern. Wir wollen die Spekulation mit Wohnraum unterbinden.

**Zwei-Klassensystem bei Gesundheit und Pflege überwinden:** Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung schaffen, in die alle mit allen Einkommen

ein zahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder paritätisch ein. Der Beitragssatz sinkt auf unter 12 Prozent. Wir streichen die Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen. Die Pflegeversicherung muss alle Pflegeleistungen und -kosten übernehmen und zur Vollversicherung werden. Wir sorgen für bessere Löhne in der Pflege und für 160.000 neue Stellen in den Krankenhäusern.

**Kinderarmut bekämpfen, kostenfreie Bildung für alle:** Wir wollen das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen. Wir wollen eine Kindergrundsicherung von 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, solange die Infrastruktur für Kinder mangelhaft ist. Die Fahrt in Bussen und Bahnen sollte für alle Kinder frei sein, und es muss ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen geben.

**Wir stehen als Partei des Friedens gegen Aufrüstung und Krieg:** Wir wollen Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Statt Milliarden für die Aufrüstung: mehr Mittel für Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen. Zu sozialer Sicherheit gehört auch der Schutz vor Terror und Gewalt. Wir wollen fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA.

Wir stehen für eine sozial gerechte Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Wir wollen ein friedliches Europa für die Menschen, statt eine EU der Abschottung und Aufrüstung, der unsozialen Politik und des Rechtspopulismus. Wir verteidigen das Asylrecht und zeigen den Rechten die Rote Karte!

„Die Zukunft, für die wir kämpfen. Sozial. Gerecht. Für alle“, ist der Titel unseres Wahlprogramms, und mit dieser Botschaft gehen wir in die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass keine Partei an den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit vorbei kommt. Je stärker DIE LINKE wird, desto eher müssen diejenigen, die nur

von Gerechtigkeit reden, ihren Worten Taten folgen lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf, lasst ihn uns kraftvoll und entschlossen - und mit Spaß an der Auseinandersetzung führen.

Mit solidarischen Grüßen, Eure  
Katja Kipping und Bernd Riexinger



# Aus der Bundestagsfraktion

Über sogenannte tarifdispositive Regelungen in Gesetzen will die Bundesregierung Arbeitgeber zurück in die Tarifbindung locken. Was sie stattdessen bewirkt, sind massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und nachhaltige Schwächung von Gewerkschaften, ihrer Verhandlungs- und Organisationsmacht. Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, kommentiert.

## Wie die Regierung Beschäftigten und Gewerkschaften in den Rücken fällt

Seit Jahrzehnten greifen Arbeitgeber unsere Arbeitsbedingungen an – legitimiert durch die Politik. Ohne Rücksicht auf Verluste wurde und wird hemmungslos dereguliert, entlassen, flexibilisiert und ausgegliedert. Mittlerweile kennt jeder im Familien- oder Freundeskreis jemanden, der unter beschämenden und menschenunwürdigen Bedingungen malochen muss. Das hinterlässt Spuren: Angst, Unsicherheit, Hilflosigkeit und lähmende Stille bei den Beschäftigten. Viele von denjenigen, die einen unbefristeten und ausreichend vergüteten Job haben, verhalten sich ruhig, in der Hoffnung, dass der Kelch der prekären Beschäftigung an ihm vorbei zieht. Die neoliberale Dauerbeschallung durch Wirtschaft und Politik hat unsere Gesellschaft nachhaltig ent-solidarisiert.

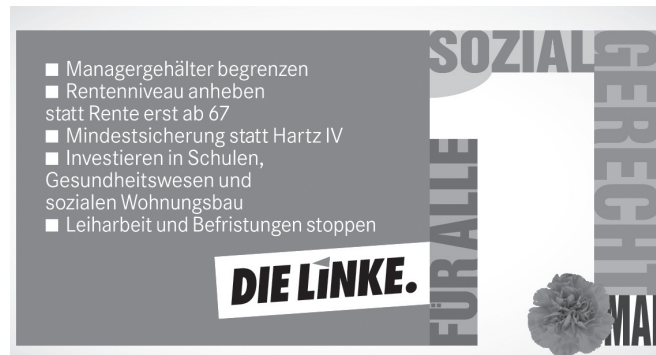
Parallel begehen die Arbeitgeber systematisch Tariffucht. Betriebe werden gespalten, Belegschaften auseinandergerissen und ihre Gewerkschaften dadurch geschwächt. Bundesweit genießt gerade noch die Hälfte aller Beschäftigten den Schutz eines Flächentarifvertrags, die Verbesserungen gegenüber gesetzlichen Mindeststandards garantieren. Nur noch 27 Prozent der Betriebe sind tarifgebunden. Vor 20 Jahren waren es noch 43 Prozent. Es ist dringend notwendig, die Tarifbindung zu erhöhen.

## Tarifpolitik wird auf den Kopf gestellt

Das dachte sich auch die Große Koalition und einigte sich auf eine Strategie, die Arbeitgeber wieder zum Abschluss von Tarifverträgen zu bewegen. Eigentlich eine gute Sache! Doch bei mir schrillen die Alarmglocken, wenn sich die Stärkung der Tarifbindung nach der SPD auch die CDU/CSU zu eigen macht. Und so zeigt sich, dass beide tatsächlich nicht die Organisationsmacht der Gewerkschaften stärken wollen, sondern Tarifverträge für Arbeitgeber attraktiv machen wollen – mit einem fatalen Ansatz: Sie eröffnen in Gesetzen

die Möglichkeit, von den dort festgelegten Standards zu Ungunsten der Beschäftigten abzuweichen – aber nur durch Tarifvertrag. So lockt der Gesetzgeber jetzt die Arbeitgeber in die Tarifbindung, indem er ihnen über sogenannte tarifdispositive Regelungen die Möglichkeit gibt, in ihrem Betrieb gesetzliche Schutzstandards zu unterlaufen. Damit findet der Wettbewerb in dieser Branche nicht mehr ausschließlich über das Produkt statt, sondern wird über Lohn und Arbeitsbedingungen ausgetragen.

Das ist nicht nur eine gefährliche Strategie, sondern pervertiert die gesamte Tarifpolitik und schwächt systematisch den Flächentarifvertrag. Wenn dieser nicht mehr die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel hat, verliert er und damit die Gewerkschaft, die ihn abschließt, an Legitimation und Ansehen bei den Beschäftigten.



## Arbeitsbedingungen im freien Fall

Statt solche vergifteten Äpfel anzubieten, muss der Gesetzgeber seiner Rolle als Gestalter und Ordnungsmacht endlich wieder gerecht werden. Gewerkschaften gehört der Rücken für Tarifverhandlungen gestärkt. Dafür müssen prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden: Minijobs sind sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gleichzustellen, sachgrundlose Befristungen gehören abgeschafft und Leiharbeit muss strikt begrenzt, langfristig verboten werden. Auch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ist zu erleichtern. All das würde Gewerkschaften helfen, ihre Organisationsmacht wieder zu erhöhen, um Tarifverträge und damit gute Arbeitsbedingungen erzwingen zu können.

Gute Arbeit ist eine Frage der gewerkschaftlichen Stärke. Diese Stärke wird aber auch von gesetzlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Politik entscheidet über das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit mit. Wenn Gesetze keine unteren Haltelinien mehr darstellen, befinden sich die Arbeitsbedingungen im freien Fall. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir

dazu alle am 1. Mai auf die Straße gehen. Aber wir sollten auch den Rest des Jahres wachsam sein und zum Kämpfen bereit. Gute Arbeit fällt nicht einfach so vom Himmel, sondern wurde schon immer erstritten. Ohne Gewerkschaften ist der Kampf nicht zu gewinnen. Wer bessere Arbeitsbedingungen will, der muss sich organisieren: im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Politik!

\*

Im Zeitverlauf von 1991 bis 2016 hat die Anzahl der in Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmer deutlich abgenommen, von 28.911.000 auf 23.958.000. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten deutlich an, von 6.316.000 auf 15.330.000. Die Teilzeitquote stieg von 17,9 Prozent 1991 auf 39 Prozent in 2016. Die Zahl der Personen mit Nebenjob lag im Jahr 1991 bei 884.000, bis 2016 stieg sie auf 2.949.000. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt stieg seit 1991 von 35.227.000 auf 39.288.000 im Jahr 2016. Im selben Zeitraum sank die Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten von 35 auf 30 Stunden.

Dies geht aus Daten des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hervor, die die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann anlässlich des Tages der Arbeit am 1. Mai ausgewertet hat. Sie erklärt dazu: „Das vermeintliche deutsche

Jobwunder bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer prekäre und nicht existenzsichernde Beschäftigung. Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahrzehnten strukturell deutlich gewandelt, weg vom Normalarbeitsverhältnis in Vollzeit, hin zu in vielen Fällen nicht existenzsichernder und unfreiwilliger Teilzeit und Nebenjobs, um über die Runden zu kommen. Viel zu viele Menschen sind arm trotz Arbeit. Die Bundesregierung versagt hier auf der ganzen Linie.“

Zimmermann weiter: „Die Einführung des Mindestlohns war nicht ausreichend, um Arbeit wieder existenzsichernd zu machen. Als DIE LINKE fordern wir die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde, die Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit, Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung und die Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Gute Arbeit, von der man leben kann, ist das Maß der Dinge, dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen. Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben. Das Normalarbeitsverhältnis in Vollzeit muss wieder für mehr Menschen möglich werden.“

# Vor 72 Jahren: Die Russen kommen

Es ist der 7. Mai 1945. Die Ukrainische Front des Marschalls Konew marschiert vom Raum Görlitz Richtung Dresden. Am Vormittag erschütterten heftige Detonationen die Stadt. Die SS sprengt die Elbbrücken, um den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten. Dresden war zur Festung erklärt worden. Das geschieht, obwohl der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Generaloberst Jodl, am 5. Mai 1945 in Reims vor den westlichen Alliierten die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht erklärt hatte.

Am Abend des Tages stehen wir am Rande der Straße, die nach Pirna und Bad Schandau führt. Unregelmäßige Kolonnen deutscher Soldaten marschieren Richtung Osten. Ihre Gesichter sind fahl. Geschlagen ziehen sie ohne Zukunft dahin. Sie können auf unseren Gesichtern, den Bewohnern der Stadt lesen: Was nun? Ein Soldat aus einer vorüberziehenden Abteilung ruft: „Ihr könnt machen was ihr wollt, die Russen kommen.“

Also doch, es gibt keine Rettung mehr, denke ich bei mir. Ist nun alles zu Ende? Nachdem der letzte Soldat abgezogen war, stürmten die Anwohner wie auf Kommando die noch vor wenigen Wochen errichtete Panzersperre vor unserem Haus. Mit Sägen und Beilen wurde sie zerlegt, und das Holz geborgen. Das geschah nicht, um der Roten Armee den Weg freizumachen. Das Holz konnte man in den Öfen für später gebrauchen, wenn nun schon klar ist: Die Russen kommen. Übrig blieb ein großer Haufen von Pflastersteinen.

Der 8. Mai 1945 erstrahlte in herrlichem Sonnenschein. Kein Wölkchen ist am Himmel. In der Stadt gibt es eine gespannte Atmosphäre. Nach den letzten Meldungen von der Front müssten heute die Truppen der Roten Armee die Stadt erreichen. Am Morgen erscheint zum letzten Mal die faschistische Zeitung „Der Freiheitskampf“. Hier lesen wir: „Im unbändigen Glauben an die in jedem anständigen Deutschen tief verwurzelte Idee des Führers und durch unser aus ihr entspringendes tapferes Handeln werden wir den Bolschewismus trotz allem bezwingen.“

Die Menschen hatten am Vormittag des Tages andere Sorgen. Später erfahre ich, dass noch an diesem Tag die SS in Dresden wütet. Der über die Grenzen der Stadt bekannte Arzt Prof. Dr. Fetscher besitzt ein Auto und noch etwas Benzin. Er fährt Richtung Norden und möchte die sowjetischen Truppen-Kommandeure bitten, die Dresdener human zu behandeln, denn sie haben Schweres durchgemacht. In den Trümmern der Prager Straße wird er von einer SS-Streife angehalten. Die SS entdeckt im Auto eine zusammengerollte weiße Fahne. Der Professor und sein Fahrer werden auf

der Stelle erschossen.

Fast um die gleiche Zeit. Im Norden der Stadt ist noch ein Soldat stationiert. In der Ferne ist schon das Rasseln der Panzerketten der T 34 zu hören. Er wohnt in der Stadt und will zu seiner Frau nach Hause. Die spätere Obduktion ergab: Hinterrücks erschossen. Woher ich das weiß? Der Soldat war ein Bruder meines Vaters.

Immer noch herrscht eine gespannte Atmosphäre. Ich sehe auf den Dächern der Häuser einige Männer stehen. Sie blicken nach Norden. Von dort müssen sie kommen. Aber auch aus luftiger Höhe ist nichts zu sehen. Es ist Mittag geworden. Die Straßen sind menschenleer. Keine Straßenbahn fährt mehr. Die Geschäfte haben geschlossen. In den Schulen findet kein Unterricht mehr statt. Es gibt keinen Strom, kein Gas, kein Wasser. Die Bewohner stehen an den Fenstern hinter den Gardinen und warten. Ihre Blicke sind nur auf die Straße gerichtet. Da prescht ein russischer Soldat auf dem Motorrad über die Straße. Eine kleine Gruppe Soldaten tastet sich vorsichtig voran. Wenig später wälzt sich ein großer Strom von Militär durch die Straße. Sie marschieren, kommen mit Pferdewagen, LKW's, Panzern und Artillerie.

Die Neugier treibt mich nach unten. Sie ziehen vorbei und nehmen von uns keine Notiz. Sie reden und lachen. Es gibt guten Grund. Der Krieg ist endlich zu Ende. Unweit von mir hat ein LKW gehalten. Er wird von Kindern umlagert, die die Hände ausstrecken. Ich gehe zu dem LKW. Die sowjetischen Soldaten verteilen an Kinder Bonbons. Auch ich strecke meine Hand aus. Ein Soldat sieht mich an und sagt: „Du groß, nach Chause.“ Das war meine erste Begegnung mit den Russen.

Am Abend versinkt die Stadt wieder in eine undurchdringliche Dunkelheit. Noch werden die Fenster verdunkelt. In den Wohnungen brennen Kerzen. Allen ist klar: Heute Nacht wird es keinen Fliegeralarm geben. Vor unserem Haus hat eine LKW-Kolonnie haltgemacht. Es ist Nacht geworden. Da donnert es an die Haustür. Rufe werden laut: Aufmachen, daway!! Schnell sind wir aus den Betten. Die Gewohnheit steckt noch in uns. Kerzen werden angezündet. Rotarmisten stürmen herein. Sie fragen: „Deutsche Soldat? Deutsche Soldat?“ Ich habe ein kleines Aquarium mit Fischen. Die Soldaten stehen davor und freuen sich über die träge dahin schwimmenden Fische. Ein Soldat gibt meiner Mutter zu verstehen, er möchte mit ihr ins Bett. Ein anderer Soldat packt ihn am Arm und zerrt ihn aus der Wohnung. Wie auf Kommando stehen wir alle im Treppenhaus im 1. Stock. Dort wohnt eine Familie, über die hinter vorgehaltener Hand geflüstert wird,

das seien Kommunisten. Er habe sogar im Gefängnis gesessen.

Ich habe keine Ahnung, was Kommunisten sind. Wahrscheinlich etwas Schlimmes, wenn darüber hinter der Hand geredet wird. Soldaten mit Karabiner und MPI's stehen ebenfalls im Hausflur. Darunter ist einer in Lederjacke und mit Schirmmütze. Er fuchtelt mit einer Pistole herum und sagt schließlich: „Ihr alle Gitter.“ Darauf gibt es im Haus großen Protest. Mit meinen naiven 13 Jahren wundere ich mich über den Protest. Gestern wurden doch erst die Hitlerbilder heruntergenommen. Wir hatten auch eins hängen. Jetzt ist dort ein heller Fleck an der Wand. Meine Mutter hatte noch die Uniform und die Fanfare von der Hitlerjugend vor dem Haus vergraben. Der Kommunist im 1. Stock geht in die Wohnung und holt ein Dokument. Wahrscheinlich ist es die Entlassungsbescheinigung aus dem faschistischen Gefängnis. Er gibt dem in der Lederjacke das Dokument. Der zerreißt es und wirft die Papierschnitzel dem Mann vor die Füße. Dann verlassen sie das Haus und gehen zu ihrer Kolonne. Im Haus ist wieder Ruhe eingetreten.

In den folgenden Tagen werden Plakate mit Befehlen der Stadtkommandantur geklebt. Das erste Plakat gibt bekannt: Der Krieg ist aus. Deutschland hat bedingungslos kapituliert. Zu benannten Städten der Sowjetunion ist ein Ehrensalue zu schießen. Es folgen Befehle über das Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen, die Ablieferung aller Schuss-, Hieb- und Stichwaffen und ein Befehl zur Rückgabe von Gegenständen aus geplünderten Einrichtungen, Magazinen und Betrieben. Wer hatte geplündert? In unserer Nähe war ein Betrieb, der Feldtelefone für die deutsche Wehrmacht hergestellt hatte. Dort holten wir uns nach dem 8. Mai alles, was wir gebrauchen und nicht gebrauchen konnten. Plünderten die Sowjetsoldaten? Nein. Nicht weit entfernt befand sich ein Lager mit Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine. Sie arbeiteten unter sehr schlimmen Bedingungen in der optischen Industrie. Sie kamen in die Wohnungen und holten sich aus den Schränken, was sie gebrauchen konnten.

In diesen Tagen ging es um das tägliche Überleben. Ich war in der Familie verantwortlich, immer Trinkwasser heranzuschleppen. Alle lebten von Reserven. Eines Tages steht vor unserem Haus eine Feldküche der Roten Armee. Der Fahrer hat den Kessel geöffnet. In seiner Hand schwenkte er eine Schöpfkelle. Wer mit einem Topf oder einer Schüssel kam, erhielt einen Schlag warmes Essen. Als ich kam, war der Kessel leer. Es hatten sich einige mit Gefäßen, vor allem Kinder, an der Feldküche angesammelt. Wir sehen den Soldaten an-. Auf unseren Gesichtern ist eine Frage:



„Hast Du nicht noch irgendwo etwas Essbares?“ er sah uns an und auf seinem Gesicht war zu lesen: „Ich habe nichts mehr.“ Dann hob er eine Hand, spreizte drei Finger ab und sagte: „Drei Tage, dann Brot.“ Wenige Tage später fuhren LKW's vor die Bäckerei. Soldaten schleppten Mehlsäcke in die Backstube. Es gibt wieder Brot. Das Verhältnis zur Besatzungsmacht ist kompliziert. Wir verstanden ihre Sprache und ihre Lebensweise nicht. Sie waren Offiziere, Korporale und Sergeanten, die als Infanterie-, Panzer- und Artillerietruppen gekämpft hatten. Am 6. Juni 1945 konstituierte sich in Berlin der Alliierte Kontrollrat. Er regierte nun in Deutschland. Die, die Jahre gekämpft hatten, sollten

nun deutsche Verwaltungen aufbauen mit Menschen, die keine Nazis waren. Woher wussten sie nun, wer unbelastet und ehrlich war? Die Antifaschisten hatten aber auch noch nie in einer demokratischen Verwaltung gearbeitet.

Eines Tages sagte meine Mutter zu mir: „Wir müssen heute zur Kommandantur.“ Auf meine Frage, warum, antwortete sie: Wir müssen uns registrieren lassen. Vati war in der NSDAP. Damit hatte ich nicht gerechnet. Ich war kein Antifaschist mit meinen 13 Jahren. Aber dass wir plötzlich belastet waren, konnte ich nicht fassen. Während der Zeit des Faschismus und auch danach wurde in den Familien nicht offen über solche Dinge gesprochen. So

bekam ich auch nur eine unbefriedigende Antwort: „Vati hat an seine Familie gedacht.“ Er war in Dresden bei der Straßenreinigung beschäftigt und damit im Öffentlichen Dienst.

Die Geschichte geht noch weiter. Es gibt noch viele leere Blätter, die beschrieben werden müssen. Dazu ist höchste Zeit geboten. Nur wenn die heute Lebenden sie lesen ist zu verstehen, warum die Entwicklung in den folgenden Jahrzehnten so verlief wie wir sie kennen. Doch dann wird manche Beurteilung anders ausfallen.

*Günter Walther (Manuskript eines Vortrages vor Rostocker Schülern)*

## LINKE-Landespolitikerin vor Ort

Simone Oldenburg, Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, nutzte einen Freitagabend, um mit Einwohnerinnen und Einwohnern des Ostseeheilbades Graal-Müritz ins Gespräch zu kommen.

Beim Politikfeld, welches Simone beackert, war es nicht verwunderlich, dass ein Großteil der Anwesenden der Lehrerschaft angehören. Diskutiert wurden u.a. Fragen der Inklusion, der Klassenstärken, der Ausbildung und des Einsatzes von Referendaren sowie das Verhältnis von staatlichen- und privaten Schulen. In ihren einführenden Worten ging Simone auf die Arbeit der Fraktion im Landtag ein. Sie informierte auch über Neuerungen in der Arbeit.

So zum Beispiel bei den traditionellen Kreisbereisungen „Fraktion vor Ort“. „Frak-

tion vor Ort“ fand in der letzten Aprilwoche diesen Jahres zum Thema „Gute Arbeit –



gute Löhne!“ am Dienstag in Rostock und einen Tag später am Mittwoch in Stralsund in Anwesenheit der Fraktion statt. Der Donnerstag und Freitag dieser Woche wur-

de durch die Fraktionsmitglieder genutzt, um Veranstaltungen zu o.g. Thema in ihren Wahlkreisen durchzuführen. Also jetzt eine flächendeckende Bearbeitung eines Themas, statt wie früher, nur punktuell.

Im Zusammenhang mit dem Entwurf des Bundestags-Wahlprogramms wurde über die besondere Notwendigkeit einer konsequenten Friedenspolitik als Alleinstellungsmerkmal unserer Partei diskutiert. Durch die Anwesenden wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Friedenspolitik im Wahlprogramm der LINKEN an erste Stelle gehört.

Beim Thema bedingungslose Grundeinkommen wurde das Für und Wider sehr heftig diskutiert.

Ein herzliches Dankeschön, auch im Namen aller Anwesenden, an Simone Oldenburg für den informativen Abend sagt

*Peter Hörnig*

## Rotfeder und das schöne Wohnen

Wenn ich in den Gewässern in der Nähe von Rostock schwimme und aus dem Wasser an Land blicke, dann sehe ich zunehmend mehr neue Gebäude. Es wird viel gebaut und offensichtlich auch gut verkauft, obwohl vieles nur gesichtslose Billig-Architektur ist. Die Preise in Wassernähe sind üppig. Die Ospa meint, dass sich Immobilien als Anlage lohnen würden. Häuser und Wohnungen seien so teuer wie noch nie. In Rostock würden bestehende Häuser im Schnitt 2237 Euro pro Quadratmeter kosten, an der Warnow bis zu 4500 Euro. In Warnemünde seien es im Schnitt 4000 Euro, in der Seestraße über 8000 Euro pro Quadratmeter (NNN, 29/30.04., Seite 7). Offensichtlich kann man mit schönem Wohnen viel Geld verdienen, wohl aber nicht mit sozialem Wohnungsbau. Nun will die Rostocker Bürgerschaft demnächst entscheiden, geschützte Landschafts-

schutzgebiete an der Küste in Bauland umzuwandeln, um ostseenahe Luxuswohnen für einige wenige zu ermöglichen, obwohl Wohnraum in Rostocker Stadtteilen dringender zu schaffen wäre.

Einen kleinen Teilerfolg hat die neu gegründete Bürgerinitiative gegen eine Bebauung des Landschaftsschutzgebietes Diedrichshäger Land erreicht. Die Umweltschützer brachten gleich mehrere gute Gründe mit, warum auf gar keinen Fall eine Bebauung, welcher Form auch immer, in Frage kommen sollte. Sie meinen, dass hier explizit das Landschaftsbild unter Schutz stehe und dass die Flächen für den Artenschutz und als Frischluftkorridor für die Neubaugebiete in Lütten-Klein und Lichtenhagen erhalten bleiben müssen. Das Thema ist von der Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am 05.04.2017 gestrichen worden. Allerdings wird es im Mai erneut an-

stehen.

Ich weiß, dass Urlauber eine zugebaute Ostseeküste als eine uninteressante Ostseeküste empfinden. Es darf doch nicht sein, dass so eine einzigartige Landschaft zerstört wird, nur weil ein paar Spekulanten den großen Reibach machen wollen! Aufgabe der Politik ist es einzugreifen und nicht alles dem freien Markt zu überlassen. Gesundheit, Bildung, Kultur und natürlich auch das Wohnen müssen aktiv gestaltet werden, damit sie sozial und gerecht funktionieren können.

Das meint eure Rotfeder



# Ernst-Thälmann-Gedenken in Rostock-Reuthersshagen

*Traditionell versammelten sich am 18. April Linke vor allem aus Reuthersshagen, um an den Geburtstag Ernst Thälmanns zu erinnern. Im Folgenden dokumentieren wir die Rede des Genossen Willy Haag.*

Genossinnen und Genossen, sehr verehrte Anwesende, am 16. April jährte sich zum 131. Mal der Geburtstag Ernst Thälmanns. Wir haben uns hier, wie jedes Jahr, getroffen, weil das Andenken an ihn nicht in Vergessenheit geraten darf, und wir haben besonderen Grund uns seiner Aussagen unter den Bedingungen der gegenwärtigen internationalen Lage zu erinnern.

Am 7. April hat der Präsident der USA mit dem völkerrechtswidrigen Raketenangriff auf syrisches Territorium die territoriale Integrität des UNO-Mitgliedsstaates Syrien gravierend verletzt. Am 10. April gab der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, Dieter Deiseroth, ein Interview. Für das Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Juristen-Vereinigung ist die laut Medienberichten erfolgte Abfeuerung von 59 Raketen nicht nur völkerrechtswidrig, sondern stellt eine schwere völkerrechtliche Straftat dar. Nach der UN-Charta, so Deideroth, wäre das Handeln der USA sogar für den Fall, dass Assad den Gifteinsatz befohlen hätte, völkerrechtlich strafbar, "denn niemand hat das Recht nach eigenem GUSTO in solchen Fällen Selbstjustiz oder eigenmächtig Vergeltung zu üben".

Unsere Bundeskanzlerin und ihr enger Vertrauter Hollande sehen das offensichtlich anders. Mit ihrer Aussage, dass Assad die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung trägt, nehmen sie ganz offensichtlich und bewusst von einer rechtlichen Bewertung des Raketenangriffs Abstand, indem sie Assad die "alleinige Verantwortung" für diese Entwicklung geben. Aber weder die US-Regierung noch Merkel und Hollande können Beweise für den Einsatz von Giftgas durch Assad vorlegen. Daran muss man im übrigen gravierende Zweifel haben. Denn niemand kann be-

weisen, dass Assad bei der unter internationaler Kontrolle, übrigens mit USA-Beteiligung, erfolgten Vernichtung aller chemischen Kampfmittel Syriens solche Bestände zurückgehalten haben könnte. Wenn der US-Geheimdienst solche Beweise besitzt, hätte er sie auf jeden Fall jetzt vorgelegt.

Im übrigen gibt es Erfahrungen mit solchen Behauptungen. Der Giftgaseinsatz vor Jahren wurde damals Assad unterstellt. Zwischenzeitlich aber hat sich herausgestellt, dass offenbar islamistische Rebellengruppen damals Giftgas in Syrien zum Einsatz brachten. Bei der Beschaffung

den in einem 3. Weltkrieg unter Beteiligung der USA und Russlands.

In seiner Rede in Ziegenhals machte Ernst Thälmann, unter den damaligen Bedingungen, auf die mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten verbundenen Gefahren für Deutschland und die Welt aufmerksam und führte dabei u.a. aus:

1. Der Kampf der vor uns steht ist der schwerste den die Partei zu bestehen hat (...). Jeder Einzelne hat dafür eine hohe Verantwortung, unmittelbar müssen wir die Offensive ergreifen.

2. Wir müssen erreichen, dass eine Kette von Massenaktionen (...) nicht mehr abreißt.

3. Wir müssen den Massen unser Programm des einzigen Auswegs aus Elend, Not und Unterdrückung (auch der sozialen Unterdrückung) zeigen.

Zum Schluss seiner Rede forderte Ernst Thälmann weiter die Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung des Massenwiderstandes. Umgesetzt auf die heutige Situation bedeutet dies, sich einem amerikanischen Präsidenten mit seiner militärischen Präsenz in der ganzen Welt, dem völkerrechtswidrigen Einsatz seiner Waffen ohne UN-Mandat unter Missachtung des völkerrechtlichen Gewaltverbots nach Art. 2 Ziff. 4 der UN-Charta, ein unübersehbares, weil massenhaftes "NEIN" entgegenzustellen. Drohungen und Gewaltanwendungen sollten auch unserer Bundeskanzlerin und Präsident Hollande Anlass sein, die amerikanischen Machtoptionen beim

Namen zu nennen, das Gefährliche der Situation deutlich zu machen und auf die Einhaltung der UN-Charta zu verweisen.

So zu handeln würde ein aktives Beispiel dafür sein, eine Situation zu überwinden, die mit Brisanz eine Gefährdung des Friedens weltweit bedeutet, so zu handeln ist im Sinn der Millionen Opfer des 2. Weltkrieges, aber auch zigtausender aufrechter Sozialisten, Kommunisten, Christen und aller Opfer faschistischer Barbarei in den Konzentrationslagern, unter ihnen unser Ernst Thälmann.



soil der türkische Geheimdienst MIT eine wichtige Rolle gespielt haben. Türkische Journalisten, die diese Verwicklungen aufgedeckt und öffentlich gemacht haben, sind dafür von Erdogan inhaftiert oder ins Exil getrieben worden.

Für uns ergibt sich nun die Frage ob und in welcher Art und Weise wir auf diese Entwicklungen reagieren sollten. Wir müssen erkennen, das ganze ist eine hochexplosive Situation. Käme es zu einer militärischen Konfrontation dieser Art, gingen deren Auswirkungen weit über die Region hinaus. Wir stünden dann unter Umstän-

## LYRIK

Toxische Doppelmoral  
(von Jürgen Riedel)

Bundespolitik ächtet zu Recht  
Giftgaseinsätze  
tarnt hinter  
Wort-Vergewaltigung *Friedensmission*  
eigene Kriegsaktionen:  
Großmachtstreben mit Raketenantrieb

Michels Geschmack  
(von Jürgen Riedel)

Heino hören  
Pilcher lesen  
Merkel wählen

In aller Kürze (von Jürgen Riedel)

bundespolitische Lügen  
haben lange Beine



# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 3.5.	19:00 Uhr	RLS: Lesung + Gespräch mit Volker Weiss: "Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes"	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Fr., 5.5.	16:00 Uhr	RotFuchs: Volker Hermsdorf zum Thema: "Kuba und die aktuelle Entwicklung in Lateinamerika"	Rostock-Dierkow	Kurt-Schumacher-Ring 160 (SBZ)
Sa., 6.5.	09:00 Uhr	Kreisparteitag DIE LINKE. Rostock	Rostock	Waldemar Hof
Sa., 6.5.	09:30 Uhr	Kranzniederlegung auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof	Güstrow	Plauer Chaussee
Sa., 6.5.	10:30 Uhr	Klausur des LRO-Kreisvorstandes zur Bundestagswahl 2017	Güstrow	"Zur Post" Pferdemarkt 38
Mo., 8.5.	14:00 Uhr	Ehrendes Gedenken auf dem Soldatenfriedhof am Puschkinplatz, Redner: Dietmar Bartsch	Rostock	Puschkinplatz
Mo., 8.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken am Ehrenmal im Bad Doberaner Bachgarten (links neben dem Münster)		
Mi., 10.5.	18:00 Uhr	Beratung mit BO-Vorsitzenden des Wahlkreis 17 (Altkreis Güstrow)	Güstrow	Bürgerhaus
Do., 11.5.	18:00 Uhr	Beratung mit BO-Vorsitzenden des Wahlkreis 14 (Altkreis Rostock-Land + Amt Schwaan)	Broderstorf	Mooreiche
Do., 11.5.	19:00 Uhr	RLS: Vorlesungsreihe Generation Lichtenhagen; Von den Pogromen 1992 bis zum NSU	Rostock	Ulmenstr. 69, Haus 1, Hörsaal 323
Mo., 15.5.	18:00 Uhr	Beratung mit BO-Vorsitzenden Wahlkreis 13 (Altkreis Bad Doberan)	Kröpelin	Mühle
Di., 16.5.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	VS Bremer Str. 24
Mi., 17.5.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Güstrow	"Zur Post"
Mo., 22.5.	18:00 Uhr	RLS: "Die Wurzeln des Antisemitismus" mit Prof. Heinrich Fink	Rostock-Südstadt	Berghotel, Südring
Sa., 10.6.	11-17 Uhr	Kinderfest in Reutershagen (siehe auch S. 6)	Rostock	Freizeitzentrum Kuphalstraße
Mi., 21.6.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Krakow	
Do., 22.6.	16:00 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtteilverband MITTE (KTV, Stadtmitte, Brinckm.), Gast: Eva Kröger informiert über den Bundesparteitag und den Bürgerentscheid zum Tradi	Rostock	Geschäftsstelle
Fr., 9.6.	16:00 Uhr	RotFuchs: Gerd Wiegel über "Veränderungen und Kontinuitäten der extremen Rechten"	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 22.7.		Sommerfest	Krakow	

## Armut auch in M-V endlich wirksam bekämpfen

Zum Armutsbericht der Bundesregierung, der heute beschlossen wurde, erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Die Schönfärberei, die auf Druck der CDU in dem Bericht vorgenommen wurde, kann die tiefe soziale Spaltung in Deutschland nicht überdecken. Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist auch bei vielen Menschen in M-V nicht angekommen. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer, das Erwirtschaftete wird ungerecht verteilt. Die Diskussionen dazu z.B. im Landtag sind oftmals unerträglich – da wird laviert und relativiert und das Problem kleingeredet – obwohl die Fakten auf dem Tisch liegen. Aber SPD und CDU weigern sich beharrlich, einen aussagekräftigen Armuts- und Reichtumsbericht für M-V zu erstellen, um auf dieser Grundlage Armut wirksam bekämpfen zu können. Dabei ist M-V erwiesenermaßen eines der Länder mit der höchsten Kinderarmut infolge Einkommensarmut und Arbeits-



losigkeit. Leugnen und kleinreden helfen da nicht weiter. In den vergangenen zehn Jahren ist die Armutsgefährdung im Land um 2,4 Prozent leicht gesunken, in den letzten fünf Jahren jedoch nur um 0,4 Prozent. Für einige Bevölkerungsgruppen ist das Armutsrisiko sogar gestiegen, unter anderem für Arbeitslose, Geringqualifizierte und Rentner. Auch für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren stieg das Armutsrisiko von 2005 bis 2015 um 6,3 Prozent. Bei Alleinerziehenden liegt die Quote immer noch bei mehr als 50 Prozent. Wer Armut ausblendet, handelt verantwortungslos und setzt die Zukunft eines großen Teils der nachwachsenden Generation aufs Spiel.

Jetzt im Wahlkampf redet die SPD wieder viel von sozialer Gerechtigkeit. Sie muss den Worten endlich auch Taten folgen lassen. Zu den wirksamen Maßnahmen, Armut zu bekämpfen, gehören u.a. die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde, die Eindämmung der Leiharbeit und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie armutsfeste Renten Hartz IV muss durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden.“

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## Abrüsten! Hunger, Krankheit und Armut bekämpfen!

**DIE LINKE.**

# LYRIK

Ewa (von Janina Niemann-Rich)

Ein Zauberwind  
Trägt dich durch Zeit und Raum  
Ein Traum  
Ein Glück  
Ein Leben

Leben (von Janina Niemann-Rich)

Kalenderblatt für Kalenderblatt  
Gewachsen

# Ehrenamtliche Migrationshilfe

Jeden Mittwochvormittag das gleiche Bild. Frauen, die mit ihren Familien ein neues Zuhause im Nordwesten gefunden haben, eilen ins Mehrgenerationenhaus. Alle wollen so schnell und so gut wie möglich die deutsche Sprache verstehen und selbst sprechen können. Viele warten auf einen Integrationskurs oder einen KITA-Platz. Kinderwagen mit schlafenden Babys gehören deshalb ebenso zum normalen Bild wie die Frauen, die sich mit den fremden Lauten, Buchstaben, Wörtern und Sätzen mühen.

Unser Team besteht aus drei Frauen, die ihr Berufsleben hinter sich haben und diesen lernbegierigen Migrantinnen Woche für Woche dabei helfen, in der neuen Heimat richtig anzukommen. Jede Teilnehmerin erhält genau das Angebot, das sie

braucht. Darüber hinaus machen wir sie mit dem Alltag in Deutschland bekannt, erläutern die Bedeutung von Festen und Bräuchen. Wir helfen ihnen, Unsicherheiten beim Behördengang abzubauen, sich beim Arzt oder in der Schule der Kinder zurechtzufinden. Außerdem ist es ihnen ein Anliegen, die Stadt, in der sie wohnen, auch außerhalb ihres direkten Wohngebietes besser kennenzulernen. Wer mehr Hilfe braucht, dem stehen wir am Montag noch einmal für eine Stunde zur Verfügung.

Wie wichtig diese Treffen sind, zeigen der große Zuspruch und die Dankbarkeit für unsere Hilfen. Dafür stellen wir gern einen Teil unserer freien Zeit zur Verfügung.

Ch. Molle und M. Donner



**Flüchtlinge  
schützen,  
nicht ertrinken  
lassen!**

**DIE LINKE.**

www.hier-und-in-europa.de



**Gewinner:** Die deutsche Orchestervereinigung gewinnt den Rechtsstreit gegen das Volkstheater um die Besetzung von Musikerstellen.

**Verlierer:** SPD-Messias Martin Schulz ist vom EU-Parlament für seine Personalpolitik gerügt worden. Allzu großzügig hatte er sich gegenüber seinen Mitarbeitern gezeigt. Er ist eben ein Mann mit Vergangenheit, kein Neuling in der Politik

## Monatszitat

„Im Krieg ist die Wahrheit so kostbar, dass sie stets von einer Leibgarde von Lügen umstellt sein muss.“ Winston Churchill

## Monatszahlen

Nach Angaben der Bundesregierung gab es 1990 noch drei Millionen Sozialwohnungen. Heute ist davon mit 1,3 Millionen nicht mal mehr die Hälfte übrig. Ein Rückgang von 45 000 solcher geförderten Wohnungen findet trotz mehr Geld und leicht gestiegener Neubauzahlen in jedem Jahr statt.

Der Militäretat für 2017 wird um 2,7 Milliarden Euro auf 37 Milliarden Euro erhöht. Also um acht Prozent. Der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger dagegen um gerade mal 1,2 Prozent.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand der Landesparteitag vom 29.5. statt?
2. Wann findet im Rostocker Freizeitzentrum ein Straßenfest zu Gunsten der Rostocker Tafel statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.06.2017**

## Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt



Lebende Skulptur auf der Warnemünder Bahnbrücke